

Petition an den Grossen Rat Basel-Stadt gegen den rechtsstaatlich unhaltbaren Personalmangel in der Straf- verfolgung von Sexualstraftaten und schweren Gewaltdelikten

Seit dem Jahr 2022 steigt die Anzahl Strafanzeigen signifikant. Insbesondere die **schwereren Gewalt- und Sexualdelikte** verzeichnen ein **Plus von rund 30%**. Das ist einerseits auf die gestiegene Anzahl Delikte zurückzuführen, was alarmierend ist. Eine weitere Ursache für die Zunahme der Anzeige von Sexualdelikten ist, dass Opfer häufiger als früher die Taten zur Anzeige bringen. Die jahrelangen Kampagnen und strukturellen Verbesserungen, um die Opfer zu einer Anzeige zu ermutigen, zeigen offenbar endlich Wirkung. Das ist erfreulich.

Umso stossender ist nun, dass wegen des eklatanten Personalmangels bei den Strafverfolgungsbehörden (Kriminalpolizei, Staatsanwaltschaft) diese Anzeigen regelmässig zurückgestellt werden und auf dringend nötige Aktionen oder Festnahmen verzichtet werden muss. **Die Opfer werden von unserem Rechtsstaat im Stich gelassen und weitere Opfer in Kauf genommen.**

Wegen des auf unabsehbare Zeit weiterbestehenden Personalmangels müssen in vielen Strafverfahren systematisch die gesetzlichen Vorgaben der Strafprozessordnung missachtet werden. Dadurch erhöht sich das Risiko markant, dass sich die angezeigten Straftaten nicht aufklären lassen oder die Beschuldigten wegen Verfahrensmängeln mit einem erheblich reduziertem Strafmass davonkommen. Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt schreibt in ihrem Jahresbericht 2023 selbst: **«Dieser Zustand ist rechtsstaatlich nicht haltbar.»**

Diese Petition verlangt, dass die personellen Ressourcen umgehend angepasst und weitere Massnahmen getroffen werden, so dass rasch und nachhaltig die ordnungsgemässe Durchführung der Strafverfahren für Sexualdelikte und schwere Gewalttaten sichergestellt werden kann.

Vorname, Name	Adresse, PLZ, Ort	Unterschrift
---------------	-------------------	--------------